

KZV Berlin – Seminar für Existenzgründer

Die Existenzgründung

aus juristischer Sicht

20.09.2024, KZV Berlin

Torsten Münnch

Rechtsanwalt, Fachanwalt für Medizinrecht

D+B Rechtsanwälte Partnerschaft mbB

Berlin, Kurfürstendamm 195

muennch@db-law.de

Agenda

- Warum benötige ich eigentlich einen Vertrag?
- Praxiskaufvertrag
- Einstieg in eine Kooperationsform
 - Praxisgemeinschaft
 - Berufsausübungsgemeinschaft
 - MVZ
- Praxismietvertrag
- Arbeitsvertrag



Warum benötige ich eigentlich einen Vertrag?

> durch Vertrag entstehen **Ansprüche**

> Anspruch:

Recht, von einem anderen **Tun, Dulden** oder **Unterlassen zu verlangen**
(z.B. Übergabe der Praxis, Zahlung des Kaufpreises)

> (nur) Ansprüche können **gerichtlich** durchgesetzt werden

 ohne Vertrag **keine Ansprüche**

Warum benötige ich eigentlich einen Vertrag?

- Verträge können zwar mündlich wirksam (!) geschlossen werden
- aber wegen Beweisproblematik immer **schriftlich**
- keine Umsetzung vor Unterschrift
- niemals **zwei Versionen**
- Muster / Vordrucke / Verträge von Kollegen => **niemals 1 : 1 passend!**
- **größte Sorgfalt bei Formulierungen**
- **Warum Anwalt beauftragen?**

Praxiskaufvertrag

Praxiskaufvertrag

- › Kaufgegenstand
- › Kaufpreis
- › Patientendatenschutz
- › Praxispersonal
- › Praxisräume (machen wir gesondert)
- › Rechnungsabgrenzung
- › Rückkehrverbot

Praxiskaufvertrag

Kaufgegenstand: eine „Praxis“

- > möglichst **detaillierte Beschreibung** des Kaufgegenstands
- > **Inventarliste** als Anlage beifügen:
 - Praxiseinrichtung, Behandlungsstühle, sonst. medizintechnische Geräte, Eigenlabor => juristisches Stichwort: „*sachenrechtlicher Bestimmtheitsgrundsatz*“ (also z.B. nicht „Laptop“)
 - Vorräte möglichst als feste Größen (z.B. Goldvorrat für Zahnersatz in Gramm)
- > bei **Gewährleistungsausschluss** jedenfalls Garantie der Funktionsfähigkeit am Tag der Praxisübergabe

Praxiskaufvertrag

Kaufpreis

> frei (!!!) verhandelbar

- was finanziert die Bank?
- „modifizierte Ertragswertmethode“ / „Ärztekammermethode“

für Interessierte zum Einstieg:

- Informationsdienst des Instituts der deutschen Zahnärzte Nr. 1/2014, „*Stellenwert des Sozialkapitals in Praxisbewertungsverfahren*“
(zu finden über www.idz.institute, dort navigieren: Startseite > Publikationen > Publikationssuche, dort in „Publikationsart“ anwählen „IDZ-Information“)
- BÄK und KBV: „*Hinweise zur Bewertung von Arztpraxen*“ in Deutsches Ärzteblatt 51-52/2008

Praxiskaufvertrag

Patientenkartei

- > vertragliche Verpflichtung zur Übergabe der Patientenkartei ohne Zustimmung des Patienten: **nichtig**
- > Münchener Empfehlung vom 08.04.1992 („**Zwei-Schrank-Modell**“)
<https://arge-medizinrecht.de/wp-content/uploads/2022/11/005-3-Ratzel-MuenchEmpfMedR.pdf>
 - ein Schrank mit allen Patientenkartei („Altkartei“)
 - Käufer greift auf einzelne Patientenkartei erst nach Zustimmung des Patienten zu und überführt in „zweiten“ Schrank
- > DSGVO: Auftragsverarbeitungsvertrag nach Art. 28 erforderlich
(Standardvertragsklauseln der EU-Kommission unter <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX:32021D0915>)

Praxiskaufvertrag

Praxispersonal (auch angestellte ZÄe!)

- > vom Verkäufer abfordern: **Liste der Arbeitnehmer** mit Tätigkeit, Beschäftigungsumfang und –zeit, Kündigungsfrist, Geburtsjahr, aktuellem Bruttolohn, Sonderzahlungen, Urlaubsanspruch, bes. Kündigungsschutz (anonym wg. DSGVO)
- > **Arbeitsverträge gehen auf Käufer über** („Betriebsübergang gem. § 613a BGB)
 - vertragliche Vereinbarungen zw. Verkäufer und Käufer, bestimmte Arbeitnehmer *nicht* zu übernehmen, sind nichtig
 - Kündigungen *wegen* des Betriebsübergang sind unwirksam (nicht jedoch bei Vorliegen anderer Gründe, z.B. Fehlverhalten des Arbeitnehmers)
- > (wg 613a BGB) Kaufvertragsklausel vereinbaren: **Änderungen an Arbeitsverträgen** und Neueinstellungen ab Unterzeichnung nur noch mit Zustimmung des Käufers

Praxiskaufvertrag

Rechnungsabgrenzung

- > Verkäufer rechnet seine bis zum Übergabestichtag erbrachten Leistungen selbst ab
- > Verkäufer haftet dem Käufer für Erfüllung von Arbeitnehmeransprüchen incl. Steuern und Sozialabgaben
- > zweijährige **Gewährleistung des Verkäufers bei Füllung und Zahnersatz** (§ 136a Abs. 4 Satz 3 und 4 SGB V):
 - keine „automatische“ Übernahme durch den Käufer
 - Verkäufer benötigt Lösung
 - Praxisnutzungsrecht auch nach Übergabe (Kostenbeteiligung regeln)
 - Käufer übernimmt die Nachbesserung/Neuanfertigung, Verkäufer zahlt Honorar (frei vereinbar) und ggf. Labor

Praxiskaufvertrag

Rückkehrverbot (nachträgliches Wettbewerbsverbot)

- > zulässig und erforderlich, Voraussetzungen:
 - o örtlich: nur für **Einzugsgebiet** der Praxis
 - o sachlich: nur **ambulante** Zahnarztstätigkeit
 - o zeitlich: maximal **zwei Jahre**

=> wird Rückkehrverbot zu weit formuliert: **unwirksam** (Ausnahme: „geltungserhaltende Reduktion“ bei Zeitaspekt)
- > **Vertragsstrafe vereinbaren** (z.B. „*bei Verstoß 20.000 € je angefangenen Kalendermonat*“)

Einstieg in Kooperationsformen

Praxisgemeinschaft

Berufsausübungsgemeinschaft

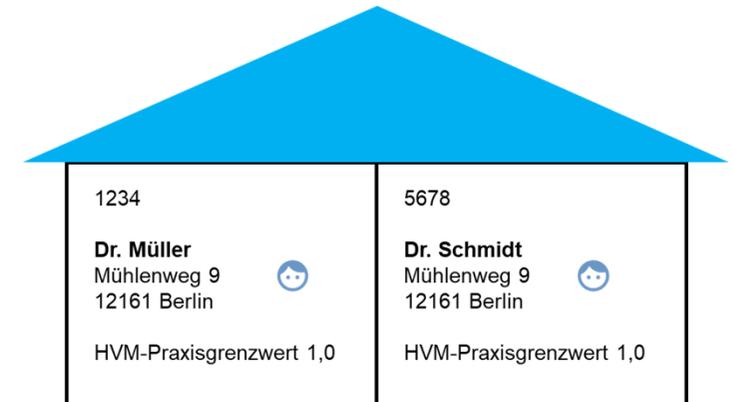
MVZ

Praxisgemeinschaft



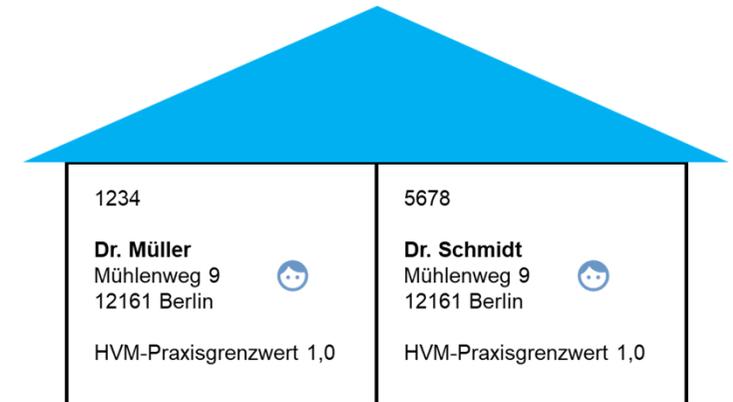
Praxisgemeinschaft

- > (zwar) **rechtlich zwei** (getrennte) **Praxen**:
 - o getrennter Patientenstamm
 - o getrennte EDV
 - o getrennte Telefonnummern
 - o jeder Zahnarzt hat eigene Abrechnungsnummer
- > (aber) gemeinsame Nutzung / Kostentragung **Infrastruktur**:
 - o Räumlichkeiten
 - o Praxisinventar
 - o Betriebsmittel
 - o Personal



Praxisgemeinschaft

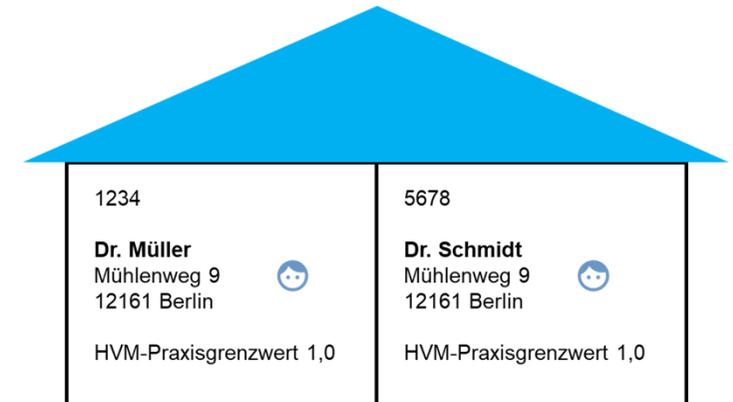
- > **Praxisgemeinschaft = Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR)**
- > **GbR-Vertrag regelt insbes.**
 - **Kostenverteilung** nach
 - ✓ Köpfen
 - ✓ Arbeitszeit/Nutzung
 - ✓ Umsatz
 - ✓ Mischformen
 - **Nutzung von Räumen und Personal:**
 - ✓ feste Raum- und Personalzuteilung
 - ✓ flexible Handhabung (streitanfällig)



Praxisgemeinschaft

Auswirkung auf den Kaufvertrag

- > **Käufer muss** – um Infrastruktur nutzen zu können – **in GbR eintreten**
- > **d.h.: Existenzgründer muss zwei Verträge schließen**
 1. (wie bei Kauf Einzelpraxis) **Praxiskaufvertrag mit Abgeber**
 2. **Praxisgemeinschaftsvertrag mit dem verbleibenden ZA**

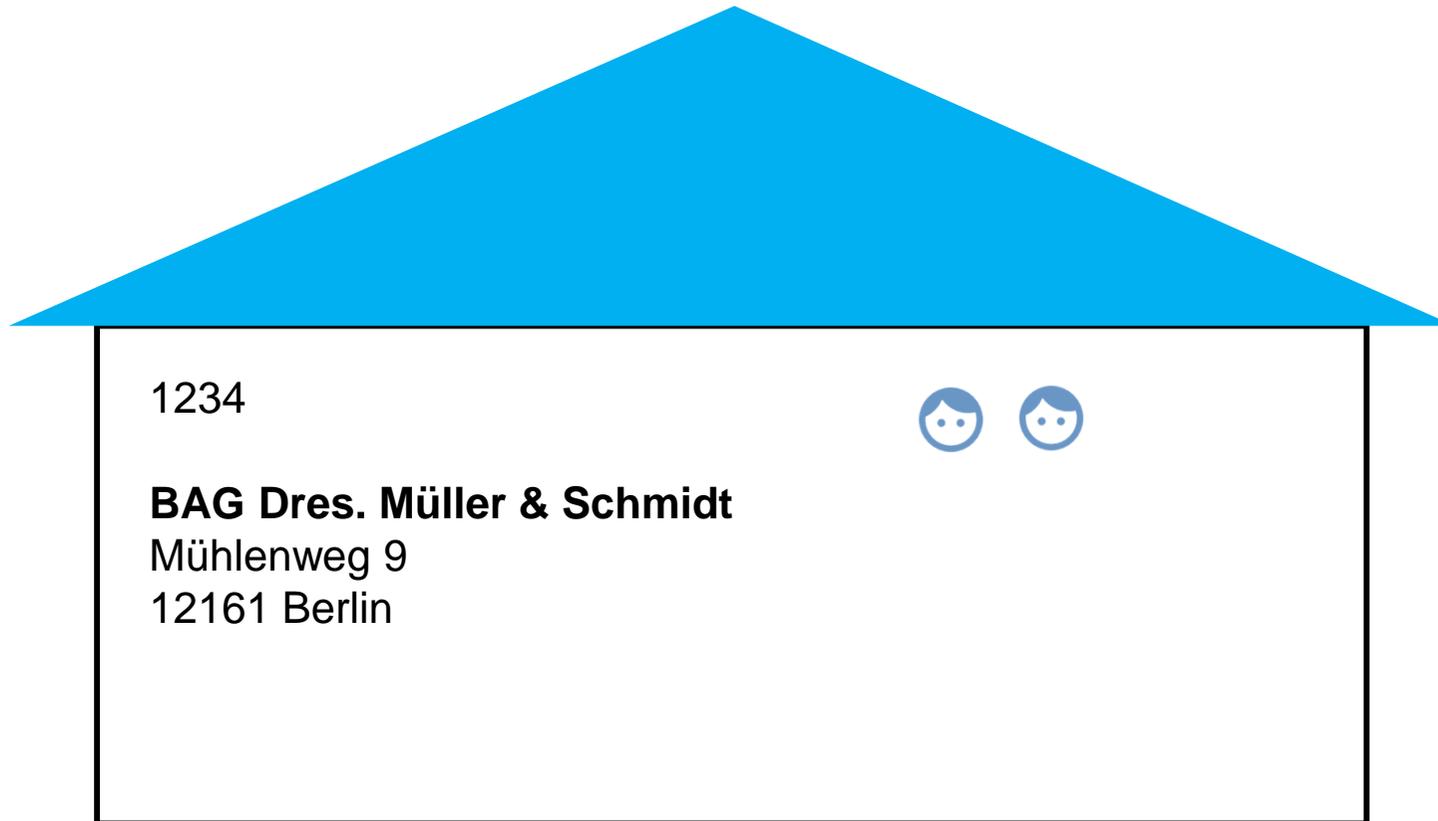


Berufsausübungsgemeinschaft

Berufsausübungsgemeinschaft

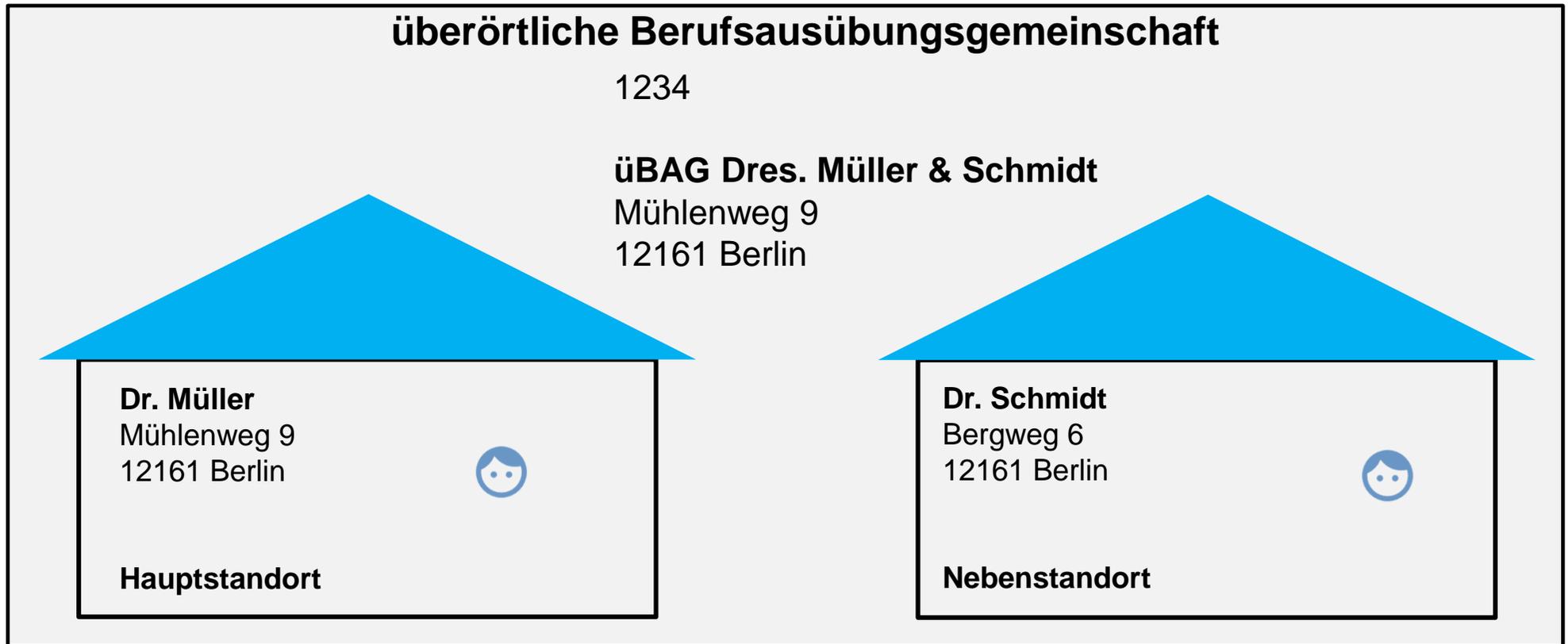
- gemeinsame **Infrastruktur**
- und gemeinsame **Berufsausübung**
insbes. gemeinsame Abrechnungsnummer,
Behandlungsvertrag kommt mit BAG – nicht mit dem einzelnen ZA –
zustande
- **Gesellschaft bürgerlichen Rechts** oder **Partnerschaftsgesellschaft**

Berufsausübungsgemeinschaft



örtliche Berufsausübungsgemeinschaft

Berufsausübungsgemeinschaft



Berufsausübungsgemeinschaft

Auswirkung auf Vertragskonstruktion

- (zur Erinnerung:) Berufsausübungsgemeinschaft ist **Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR) oder Partnerschaftsgesellschaft**
- d.h.: Existenzgründer „kauft“ nicht „eine Praxis“, sondern entweder
 1. **Anteilskauf vom ausscheidenden Gesellschafter/Partner** (Zustimmung des Mitgesellschafters erforderlich)oder
 2. **GbR-Eintrittsvertrag mit den verbleibenden Gesellschaftern/Partnern** (= Gewährung der „Mitgliedschaft“ und der mit ihr verbundenen Rechte und Pflichten gegen Entgelt)
- Unterschied: im Anteilskaufvertrag keine Möglichkeit zur Anpassung GbR-Regeln (Vertrag zu Lasten Dritter ist unwirksam), ggf. zusätzlich Einigung mit den verbleibenden Gesellschaftern/Partner erforderlich

Berufsausübungsgemeinschaft

Eintritt in BAG

- > **persönliche Haftung** für alle Gesellschaftsschulden, **auch für solche vor Eintritt**
- > Gegenmaßnahmen:
 - o due diligence
 - o Freistellungs- oder Garantieklauseln im Innenverhältnis (entweder mit Verkäufer des Gesellschaftsanteils oder mit den Mitgesellschaftern)

Berufsausübungsgemeinschaft

Eintritt in BAG

> Prüfung des Gesellschaftsvertrages

- Entscheidungsmodalitäten (Frist-/Formvorschriften für Gesellschafterversammlungen, Stimmrechte, Geschäftsführungskompetenzen)
- Beteiligungsverhältnisse, Modalitäten Sonderbetriebsvermögen (insbes. Kostentragung oder Gewinnvorab)
- Gewinnverteilungsklausel (nach Köpfen / nach Arbeitszeit / nach Umsatz / für spezielle Tätigkeiten, z.B. Admin)
- Klauseln zur Bestimmung der Tätigkeitspflicht (Umfang, „freie Praxis“)
- „Pendelblick“
- Vorschuss auf Gewinn während des Geschäftsjahres
- Anteilsverkauf, Urlaub, Verlustverteilung,

Berufsausübungsgemeinschaft

Eintritt in BAG

- **Prüfung des Gesellschaftsvertrages**
 - ganz besonders wichtig: **Exitklauseln**
 - (Austritts)Kündigung: Frist / Form / „Anschlusskündigung“
 - Ausschluss („Hinauskündigung“): Gründe (insbes. Probezeit, maximal 3 Jahre, vgl. BGH Urt. v. 07.05.2007, AZ. II ZR 281/05) / Beschlussmodalitäten / Frist / Form / „Anschlusskündigung“
 - Abfindung des Ausscheidenden, nachvertragliches Wettbewerbsverbot bei Abfindung für Goodwill
 - Regelungen zur Beendigung der Gesellschaft/Partnerschaft (Liquidation)



MVZ

MVZ

Ein Medizinisches Versorgungszentrum (MVZ) ist ...

- > ... wie eine BAG
 - Einrichtung zur Patientenbehandlung
 - Behandlungsvertrag entsteht zwischen Versichertem und MVZ
 - MVZ rechnet ab, nicht der einzelne ZA
 - keine grundsätzlichen Vorteile/Nachteile bei Honorarverteilung / Abrechnung nach GOZ
 - kann nicht vom Zahnarzt selbst betrieben werden, sondern nur von einer Gesellschaft

MVZ

Ein Medizinisches Versorgungszentrum (MVZ) ist ...

- > ... wie eine BAG, nur anders:
 - erhält vom ZA eine „eigene“ Zulassung
 - zahnärztlicher Leiter erforderlich
 - kann auch als (ggf. Ein-Personen-)GmbH betrieben werden (dann Sicherheitsleistungen der Gesellschafter für Forderungen von KZV und Krankenkassen gegen das MVZ, insbes. selbstschuldnerische Bürgschaft)
 - kann auch von Krankenhausträgern (Stichwort „iMVZ“) und „Kommunen“ gegründet werden
 - kann unbegrenzt viele Angestellte ZÄe haben

MVZ

Auswirkung auf die Vertragskonstruktion:

Zahnarzt muss entweder

> **GmbH /GbR gründen und diese erwirbt ein MVZ mittels**

- „asset-deal“ (= siehe oben „Kaufvertrag“, z.B. MVZ-Träger-GmbH 1 kauft MVZ von MVZ-Träger-GmbH 2)

oder

- share-deal (= Kauf der Gesellschaftsanteile, z.B. MVZ-Träger-GmbH kauft allen Gesellschaftern der MVZ-Träger-GbR ihre Gesellschaftsanteile ab)

> **oder in eine bestehende MVZ-Trägergesellschaft eintreten** (s. oben „Eintritt in eine BAG“) mittels

- GbR/GmbH-Eintrittsvertrag

oder

- Kauf Gesellschaftsanteil(e) von einem oder mehreren GbR-/GmbH-Gesellschaftern

Praxismietvertrag

Praxismietvertrag

Zustimmung des Vermieters

- > beim Kauf einer Einzelpraxis geht Praxismietvertrag **nicht automatisch** auf Käufer über:
 - o **Zustimmung** des Vermieters zum Vertragsübergang erforderlich, am besten **vor Abschluss des Praxiskaufvertrags** einholen
 - o vertraglich **Rücktritt** vorbehalten, wenn Vermieter die Zustimmung nicht bis zu einem bestimmten Zeitpunkt erteilt hat
- > bei Eintritt in PG/BAG/MVZ kommt es darauf an, wer **Mietvertragspartei ist** (Gesellschaft oder Zahnärzte): keine Zustimmung des Vermieters erforderlich, wenn die Gesellschaft Mieterin ist (es sei denn, Mietvertrag enthält Change-of-Ownership-Klausel / Change-of-Control-Klausel)

Praxismietvertrag

Form

- > **schriftlich** (sonst zwar wirksam, aber Kündigungsgefahr nach Ablauf eines Jahres), **dafür erforderlich**
 - optische Einheit (Schriftbild, Seitenzahlen, §§)
 - Anlagen gesondert unterschreiben
- > **Miethöheregelungen für Wohnraum gelten nicht** (bis zur Sittenwidrigkeit frei vereinbar)
- > **eingeschränkter AGB-Schutz**
 - Zahnarzt ist **Unternehmer** i.S.d. BGB, auch als **Existenzgründer**
 - Unwirksamkeit nur bei **Verstoß gegen das Leitbild des dispositiven Rechts** (selten, Beispiel: *„Eine Minderung der Miete ist ausgeschlossen, wenn durch Umstände, die der Vermieter nicht zu vertreten hat (z.B. Verkehrsumleitung, Straßensperrungen, Bauarbeiten in der Nachbarschaft usw.), die gewerbliche Nutzung der Räume beeinträchtigt wird (z.B. Umsatz- und Geschäftsrückgang)“* BGH, Urteil vom 23. 4. 2008 - XII ZR 62/06)

Praxismietvertrag

Mietverhältnis mit Festlaufzeit erforderlich (wg Planungssicherheit)

- > während der Laufzeit Kündigung nur **aus wichtigem Grund** möglich

- > üblich: **Verlängerungsoptionen** (z.B. 5 Jahre + weitere 5 Jahre)
 - o Mieter muss rechtzeitig vor Ende der Festlaufzeit gegenüber Vermieter erklären, ob er bleibt

- > **Nachfolgeklausel** ratsam (sonst kein Ausstieg aus Mietvertrag möglich, wenn Praxis verkauft werden soll), kann aber nicht erzwungen werden (derzeit aber „Mietermarkt“)

Arbeitsvertrag

Arbeitsvertrag

Arbeitsrecht ist Arbeitnehmerschutzrecht, d.h. unabdingbar sind (Auswahl):

- Mindestlohn (2014: 12,41 €, 2025: 12,82 €)
- Mindesturlaub (4 Wochen, auch bei Teilzeit)
- Entgeltfortzahlung bei Urlaub, Krankheit, Feiertag (Achtung: einschließlich Umsatzbeteiligungen – bitte bei Berechnung einkalkulieren)
- „Arbeit auf Abruf“ / KAPOVAZ nur in den Grenzen von § 12 TzBfG
- starker Kündigungsschutz bei mehr als 10 Beschäftigten (ohne Azubis),
Berechnung: regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit von nicht mehr als 20 Stunden: 0,5; nicht mehr als 30 Stunden: 0,75; über 30 Stunden: 1
- Vorsicht bei „Weihnachtsgeld“-Klauseln (Gefahr der Anspruchsentstehung in Folgejahren)
- sinnvoll und möglich: Verfallklauseln
- gilt alles auch für geringfügig Beschäftigte

Ich freue mich auf Ihre Fragen.

Torsten Münnch
Rechtsanwalt
Fachanwalt für Medizinrecht

D+B Rechtsanwälte Partnerschaft mbB
Kurfürstendamm 195, 10707 Berlin
030 - 327 787 13
office@db-law.de
www.db-law.de

